

# ES REICHT!

## Die unsoziale „Sparpolitik“ der Ampel-Regierung gehört sofort abgewählt!



Die Ampel-Regierung in Berlin hat abgewirtschaftet und klammert sich dennoch an der Macht fest, obwohl aktuelle Umfragen SPD, Grüne und FDP gemeinsam bei Zustimmungswerten von gerade mal 32 Prozent sehen. Zuverlässig an diesem Bündnis ist nur noch seine innere Zerrissenheit. Überdies sind den rot-grün-gelben Koalitionären nun auch noch ihre Buchungstricks um die Ohren geflogen. Die Folge: Haushaltslöcher in Milliardenhöhe.

### Und was tut die Berliner Regierung zur Behebung der selbst verursachten Missstände?

Sie denkt nicht daran, auf ideologisch motivierte Ausgaben – etwa für den „Klimaschutz“ – zu verzichten. Sie erwägt auch nicht, die zwölfprozentige Erhöhung des Migrantengeldes (=Bürgergeld) zu verschieben oder die Steigerung auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Sie will weiterhin viele Milliarden in die Ukraine pumpen und als Entwicklungsgelder an Staaten verschenken, die teils unsere Wettbewerber auf dem Weltmarkt sind. Sie verzichtet auch nicht auf die weitere Aufblähung der Staatsbürokratie mit dem Kanzleramt für 777 Millionen Euro. Nur mit der Betätigung dieser Hebel hätten sich die fehlenden Milliarden leicht hereinholen lassen.

Doch was passiert stattdessen?

**Nicht der ausgabewütige Staat soll Verzicht üben, sondern die Bürger sollen mal wieder den Gürtel enger schnallen.**

Es beginnt bei den Bauern. Sie werden mit der Streichung des Agrardiesels und dem Wegfall der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge belastet. Die Spediteure ärgern sich über die Fast-Verdoppelung der Lkw-Maut und die Erweiterung der Mautpflicht auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht. Allein diese Maßnahmen werden über Preiserhöhungen im Geldbeutel jedes einzelnen Bürgers zu spüren sein. Hinzu kommen Zumutungen, die alle direkt treffen werden. Durch die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe wird das Tanken und Heizen teurer. Durch den Wegfall von Zuschüssen verdoppeln sich die Netzentgelte, somit wird der Strom teurer. Und dann wird auch noch die Mehrwertsteuer für Gas und in der Gastronomie wieder auf 19 Prozent angehoben. In einem Land, das ohnehin schon die höchsten Steuern und Abgaben auf Arbeit in der ganzen Welt erhebt.

**Gegen diesen unsozialen Irrsinn erhebt sich nun berechtigter Protest.**

Vom 8. Januar an wollen die Bauern mit Kundgebungen und Demonstrationen ein kräftiges Zeichen des Widerstands setzen. Andere Branchen haben ihre Unterstützung bzw. eigene Aktionen angekündigt.

**Wir als AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag stehen fest an der Seite der Protestbewegung,** die im Freistaat friedlich, aber bestimmt für die Rücknahme von Sparmaßnahmen kämpft, die einseitige und unverhältnismäßige Belastungen bedeuten. Wir stehen stets für eine solide Haushaltspolitik, welche die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung im Blick hat – und keinen links-grünen ideologischen Firlefanz. Und wir sagen deutlich: Lasst euch nicht von CSU und Freien Wählern einlullen, die jetzt zwar große Töne spucken, im Umgang mit Steuergeldern aber keinen Deut besser sind als die Ampel!

**Wir sehen uns  
auf der Straße!**

Ihre AfD-Fraktion  
im Bayerischen Landtag

